

aeesuisse • Falkenplatz 11 • 3012 Bern

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Staatssekretariat für Sicherheitspolitik SEPOS

Per Mail: triage@sepos.admin.ch

Bern, 31. März 2026

Stellungnahme zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Revision der Sicherheitspolitischen Strategie Stellung nehmen zu können. Als Schweizer Dachverband der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz begrünnen wir die sicherheitspolitische Gesamtsicht der Strategie und die starke Betonung von Resilienz, Krisenfestigkeit und dem Schutz kritischer Infrastrukturen. Eine robuste Energieversorgung ist ein Fundament staatlicher Handlungsfähigkeit: Ohne eine verlässliche Strom- und Wärmeversorgung funktionieren Kommunikation, Gesundheitsversorgung, Wasser/Abwasser, Verkehr, Produktion, Verwaltung und Bevölkerungsschutz nicht.

Wir teilen folglich insbesondere die strategische Zielsetzung, kritische Energieabhängigkeiten zu reduzieren und die Versorgungssicherheit gegenüber Störungen, Sabotage, Cyberangriffen, geopolitischen Verwerfungen und klimabedingten Extremereignissen zu erhöhen. Dies gelingt zum einen am besten mit einem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien im Inland, insbesondere über die Steigerung der Winterstromproduktion, die Beschleunigung des Netz- und Speicherausbaus sowie die stärkere Beanreizung der Nutzung von Flexibilitäten. Und zum anderem, indem die systematische Erhöhung der Energieeffizienz in den Bereichen Gebäude, Industrie, Mobilität und Geräte konsequent weiterverfolgt wird. Diese beiden Pfeiler der Energiestrategie 2050 hat die Schweizer Bevölkerung in Volksabstimmungen wiederholt bestätigt.

Unsere Stellungnahme beschränkt sich sodann auf die Frage, inwiefern der Bundesrat vor dem Hintergrund dieser strategischen Zielsetzung seinen indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten «Blackout-Initiative» als kompatibel mit der sicherheitspolitischen Stossrichtung 1 der Resilienzstärkung bzw. zur korrespondierenden Massnahme 12 «Reduktion von Abhängigkeiten in der Energieversorgung und bei kritischen Technologien» versteht.

Allgemeine Information zur aeesuisse

Als Dachverband der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz vertreten wir die konsolidierten Interessen von rund 30 Branchenverbänden und rund 600 Unternehmen (darunter zahlreiche EVU), die in den Bereichen der erneuerbaren Energieerzeugung, Energieverteilung und -vermarktung, Energiespeicherung, Energieeffizienz und Mobilität engagiert sind. In ihrem Sinne stehen wir ein für eine fortschrittliche und nachhaltige Energie- und Klimapolitik. Wir unterstützen den Bundesrat in seinem Netto-Null-Emissionsziel bis 2050 und engagieren uns für eine konsequente und beschleunigte Umsetzung der Energiestrategie 2050.

Zur Massnahme 12 «Reduktion von Abhängigkeiten in der Energieversorgung und bei kritischen Technologien»

Wir begrüssen ausdrücklich, dass die vorgeschlagene Strategie die Energieversorgung und technologische Abhängigkeiten im Generellen als sicherheitspolitische Kernfragen behandelt und dabei die richtigen Prioritäten setzt: Der Bund bekennt sich zum Ausbau der einheimischen erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern – im Einklang mit den Klimazielen. Ebenso positiv werten wir die deutliche Absicht, die Versorgungssicherheit sowie Netzstabilität durch eine vertiefte Kooperation mit Europa – namentlich über ein Stromabkommen mit der EU – abzusichern.

Gerade weil Massnahme 12 damit ein klares sicherheitspolitisches Leitprinzip der Schweizer Energiepolitik formuliert – Abhängigkeiten reduzieren, Resilienz erhöhen, Souveränität stärken –, ist aus unserer Sicht unklar, inwiefern der Bundesrat seinen indirekten Gegenvorschlag zur «Blackout-Initiative» als mit diesem Leitprinzip vereinbar betrachtet. Die beabsichtigte Aufhebung des AKW-Neubauverbots stellt eine energiepolitische Weichenstellung dar, die in direktem Widerspruch zur Logik der Massnahme 12 steht: Statt Abhängigkeiten abzubauen, werden neue, langfristige Verwundbarkeiten in einer geopolitisch sensiblen Lieferkette geschaffen.

1. Neue Importabhängigkeiten in der nuklearen Brennstoffkette

Kernenergie ist keine einheimische Energieform. Sie bindet die Schweiz langfristig an eine internationale Lieferkette (Uran, Konversion, Anreicherung, Brennstofffertigung, Transporte), die geopolitisch exponiert ist. Insbesondere die Abhängigkeit Europas von russisch geprägten Dienstleistungen/Unternehmen in Teilen der Brennstoffkette ist bekannt und kurzfristig schwer zu ersetzen. Der Ausbau einer Technologie, deren Betrieb auf einer komplexen, politisch sensiblen und teils von problematischen Akteuren dominierten Lieferkette beruht, steht offensichtlich im Widerspruch zum Ziel der Abhängigkeitsreduktion.

2. Hohe Schutz- und Schadensdimension kritischer Grossinfrastruktur

Kernkraftwerke sind hochkritische, zentralisierte Anlagen mit sehr hohem Schutzbedarf. Die Strategie beschreibt hybride Einflussnahme, die Instrumentalisierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten sowie Sabotage- und Cyberrisiken explizit als zentrale Bedrohungen. Zusätzliche AKW würden die Anforderungen an physischen Schutz, Cyberresilienz, Notfallorganisation sowie langfristige Entsorgungs- und Sicherheitsverantwortung unverhältnismässig steigern. In einer Lage, in der der Staat Schutzressourcen priorisieren muss, erhöht jede zusätzliche Hochrisiko-Grossanlage die Last auf Sicherheitssysteme.

In diesem Zusammenhang ist das sicherheitspolitische Prinzip der Dezentralität ausdrücklich zu würdigen. Dezentrale Systeme gelten in der Sicherheitsarchitektur als besonders resilient, da sie keinen einzelnen «Single Point of Failure» aufweisen. Das Internet wurde ursprünglich aus militärstrategischen Überlegungen genau nach diesem Prinzip konzipiert: Die Verteilung von Knotenpunkten erhöht die Ausfallsicherheit selbst bei gezielten Angriffen. Übertragen auf die Energieversorgung bedeutet dies: Eine möglichst hohe Anzahl dezentraler Produktionsanlagen – Photovoltaik auf Dächern, alpine Solaranlagen, Biomasse-, Wasserkraft- oder Windanlagen kombiniert mit Speichern – ist strukturell widerstandsfähiger als wenige zentrale Grosskraftwerke, die mit vergleichsweise geringem Aufwand physisch, digital oder logistisch beeinträchtigt werden können. Die aktuellen Angriffe auf zentrale Energieinfrastrukturen in bewaffneten Konflikten zeigen eindrücklich, wie verwundbar grosse, konzentrierte Produktionsstätten sind.

3. Systemische Risiken für Netzstabilität und Flexibilität

Auch die Netzstabilität ist ein zentrales sicherheitsrelevantes Gut. Ein resilientes Energiesystem muss nicht nur genügend Energie bereitstellen, sondern auch flexibel auf Lastschwankungen, Extremwetterereignisse, Cyberstörungen oder Ausfälle reagieren können. Moderne Stromsysteme entwickeln sich daher in Richtung Flexibilität, Speicherintegration, Lastmanagement und netzdienlicher Steuerung.

Neue Kernkraftwerke sind hingegen auf eine möglichst konstante Bandstromproduktion ausgelegt. In einem zunehmend durch Photovoltaik geprägten System verschärft zusätzliche unflexible Grossproduktion insbesondere die sommerliche Mittagsspitze und erhöht den Druck auf Netze, Speicher und Exportmöglichkeiten. Gleichzeitig verkleinert Bandstrom den operativen Spielraum für Flexibilitäten, da er die Möglichkeiten zur Optimierung und zur netzdienlichen Integration erneuerbarer Energien einschränkt. Anstatt die Systemresilienz zu erhöhen, kann dies neue systemische Spannungen erzeugen und die Stabilisierungskosten erhöhen.

4. Unmittelbar bremsende Wirkung auf den Ausbau der erneuerbaren Energien

In der Energiebranche ist mittlerweile unbestritten, dass ein neues Kernkraftwerk ohne staatliche Subventionen nicht realisierbar ist. So liegen bereits parlamentarische Vorstösse auf dem Tisch, die eine haushaltsneutrale Finanzierung neuer Kernenergieprojekte über den Netzzuschlagsfonds und damit zulasten der erneuerbaren Energien fordern. Diese Diskussion verdeutlicht die Konkurrenzsituation verschiedener Energiequellen um knappe öffentliche Mittel und gefährdet massiv die Umsetzung des Stromgesetzes, dem der Bundesrat in der vorliegenden Strategie eine hohe sicherheitspolitische Bedeutung beimisst.

Angesichts der dargelegten Punkte erwarten wir, dass der Bundesrat transparent darlegt, weshalb er seinen indirekten Gegenvorschlag zur «Blackout-Initiative» – bzw. die Aufhebung des AKW-Neubauverbots – nicht als Widerspruch zur sicherheitspolitischen Strategie versteht. Wenn Massnahme 12 die Reduktion kritischer Abhängigkeiten und die Stärkung der Resilienz und digitalen Souveränität als Leitlinien setzt, muss nachvollziehbar erklärt werden, wie ein erneuter Ausbau der Nuklearenergie – mit neuen Abhängigkeiten in der Brennstoffkette sowie erhöhten Schutz- und Risikolasten – mit diesen Leitlinien vereinbar sein soll.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme bei der Weiterbehandlung dieses Geschäftes und stehen für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Priska Wismer-Felder
Co-Präsidentin



Christoph Schaar
Co-Präsident



Fabienne Thomas
Co-Geschäftsführerin



Stefan Batzli
Co-Geschäftsführer